

Brexit: Szenarien für den 31. Oktober

- Der dritte Countdown zum geplanten EU-Austritt des Vereinigten Königreichs verspricht nicht minder spannend zu werden als die ersten beiden: Sowohl die britische Regierung als auch die Europäische Union formieren sich gerade neu. Das britische Parlament ist immer noch tief gespalten bezüglich seiner Vorstellungen zum Brexit. Der Nachfolger von Theresa May, der am 23. Juli bekannt gegeben wird, hat weder Zeit noch Erfolgchancen für die angestrebten Nachverhandlungen des Austrittsabkommens. Beide Kandidaten für die May-Nachfolge – der Favorit Boris Johnson und auch Jeremy Hunt – wollen aber am 31. Oktober auf jeden Fall aus der Europäischen Union austreten, notfalls auch ohne einen Deal.
- Damit ist die Wahrscheinlichkeit für einen No-Deal-Brexit im Vergleich zur Premierministerin May gestiegen.
- Allerdings dürfte das britische Parlament weiterhin vehement dagegen vorgehen. Hierbei gilt es, vor allem rechtzeitig die notwendigen Prozesse zu initiieren. Ansonsten droht ein No-Deal-Austritt als „politischer Unfall“.
- Aus heutiger Sicht scheint es kaum vorstellbar, dass die Brexit-Blockade bis zum Brexit-Termin am 31. Oktober gelöst werden kann. Wir skizzieren fünf Szenarien für dieses Datum und messen einer weiteren Brexit-Verschiebung die höchste Wahrscheinlichkeit bei.

Neuer Premier, altes Dilemma

Boris Johnson ist der große Favorit um die Nachfolge von Theresa May. Laut Umfragen kann er die Mehrheit der etwa 160.000 Parteimitglieder der Conservative Party für sich gewinnen. Sie geben noch bis Montag, den 22. Juli, per Briefwahl ihre Stimme für Johnson oder Hunt ab. Am Dienstag, den 23. Juli, wird das Ergebnis dieses Abstimmungsverfahrens verkündet. Der Gewinner wird dann den Parteivorsitz der Konservativen und voraussichtlich am Mittwoch, den 24. Juli, auch das Amt des Premierministers von Theresa May übernehmen.

Trotz all der hitzigen Reden und Versprechungen der beiden Kandidaten in den letzten Wochen zeigt sich das britische Parlament immer noch tief gespalten. Vor allem die Opposition, an der schon May bei der Suche

nach einer überparteilichen Lösung gescheitert ist, will weiterhin keinem Brexit-Deal ohne EU-nahe Elemente (wie etwa einer Zollunion) zustimmen. Insofern steht der Nachfolger von Theresa May letztlich vor der gleichen, schwierigen Aufgabe wie sie zuvor: Eine Parlamentsmehrheit für einen Brexit-Deal finden.

Fünf Szenarien für den Brexit am 31. Oktober

Abbildung 1 skizziert fünf denkbare Entwicklungen im Vereinigten Königreich auf dessen Weg zum mittlerweile dritten Brexit-Termin. Zu den beiden am wenigsten wahrscheinlichen Szenarien zählt der *Rückzug der Austrittserklärung*, vor allem mit Johnson; lieber würde er einen No-Deal-Brexit hinnehmen. Mit May war diese Option durchaus realistisch.

Abb. 1. Szenarien für die Brexit-Deadline am 31. Oktober (geschätzte Wahrscheinlichkeiten)



Quelle: DekaBank

Beide Kandidaten für die May-Nachfolge wollen einen „neuen Deal“ mit der EU bzw. streben *Nachverhandlungen des „May-Deals“* an, also des offiziellen Austrittsabkommens von Theresa May und der Europäischen Union (EU). Das beinhaltet die vereinbarten Zahlungen der Briten an die EU, eine Übergangsphase für Verhandlungen über künftige Handelsbeziehungen sowie die Notfalllösung (Backstop) zur Vermeidung einer harten inner-irischen Grenze am Ende der Übergangsphase. Der Backstop allerdings ist bei vielen britischen Parlamentsabgeordneten mit der Sorge verbunden, dass das Vereinigte Königreich auf unbestimmte Zeit an die EU gebunden sein könnte, weil die darin vorgesehene Zollunion nicht einseitig kündbar wäre. Deshalb hatte Theresa May auch nach drei Abstimmungen im britischen Parlament keine Mehrheit für ihren Austrittsdeal bekommen.

Allerdings blieben schon Mays Bemühungen, im Auftrag des Parlaments den Backstop nachzuverhandeln – ihn etwa zeitlich zu begrenzen oder durch (technisch noch nicht ausgereifte) „alternative technische Arrangements“ zu ersetzen – erfolglos. Denn die EU hält das verhandelte Austrittsabkommen für das bestmögliche und ist nicht zu Nachverhandlungen bereit. Spielraum für Nachverhandlungen gäbe es nur beim zweiten Bestandteil des May-Deals – der noch vage formulierten Erklärung zu künftigen Handelsbeziehungen. Letzteres hat der Brexit-Chefunterhändler der EU, Michel Barnier, kürzlich bestätigt.

Doch sowohl Johnson als auch Hunt wollen das schier „Unmögliche“ nicht unversucht lassen und streben wieder Nachverhandlungen des Backstops an. Zudem wollen beide den No-Deal-Austritt nicht ausschließen, mit der Überlegung, dass die EU nur mit dieser Drohgebärde zu Nachverhandlungen bereit wäre. Die EU lässt sich davon erwartungsgemäß nicht einschüchtern. Sie sei ausreichend auf einen No-Deal-Austritt vorbereitet, heißt es aus Brüssel.

Die Beibehaltung des No-Deal-Brexits als Option für den 31. Oktober ist ein wesentlicher Unterschied zum Brexit-Kurs von May. Sie ließ wegen der Brexit-Blockade im Frühjahr das britische Parlament über den Brexit-Prozess abstimmen und wollte sich an die Ergebnisse dieser Abstimmungen auch halten. Nur konnte die Brexit-Blockade dadurch nicht gelöst werden: Vielversprechende Alternativen zum May-Deal, wie etwa ein zweites Referendum oder eine Zollunion, scheiterten mit knappen Mehrheiten. Einzig für die Ablehnung eines

No-Deal-Austritts gab es eine deutliche Parlamentsmehrheit. Deshalb war das Risiko eines No-Deal-Brexits unter May gering. Höher ist es nun mit ihrem Nachfolger, vor allem mit Johnson.

Allerdings sind die Möglichkeiten und die Bereitschaft des britischen Parlaments, den *No-Deal-Kurs* der Regierung aufzuhalten, weiterhin nicht zu unterschätzen. Während des seit Juni laufenden Abstimmungsverfahrens zu Mays Nachfolge gab es im Parlament bereits drei Initiativen dafür. Die ersten beiden wurden zwar mit knappen Mehrheiten abgelehnt. Aber am 18. Juli hat das Parlament mit einer Mehrheit von 41 Stimmen wichtige Maßnahmen zur Vermeidung eines No-Deal-Brexits verabschiedet. Diese Maßnahmen beziehen sich speziell auf die von Johnson nicht ausgeschlossene Möglichkeit, das Parlament durch eine Suspendierung zu umgehen und so einen No-Deal-Brexit am 31. Oktober zu ermöglichen. Dieser schmachvolle Weg ist durch den jüngsten Parlamentsbeschluss nun deutlich erschwert worden: Auch wenn die Regierung das Parlament suspendieren sollte, werden Sitzungen im September und Oktober dennoch stattfinden, um weitere Debatten über den Brexit, speziell über Nordirland, zu ermöglichen. Dies soll auch für den Fall gelten, wenn die Regierung die aktuelle Sitzungsperiode des Parlaments und damit die Debatte aktueller Themen beenden sollte. (Danach würde mit der Queen’s Speech bzw. der Verlautbarung des neuen Regierungsprogramms eine neue Sitzungsperiode beginnen. Letztlich aber hat das Parlament immer die Möglichkeit, der Queen’s Speech zu widersprechen und damit wiederum die Regierung auszubremsen.) Mit zunehmendem Zeitdruck haben auch weitere Vorstöße des Parlaments gegen einen No-Deal-Brexit gute Chancen auf Erfolg. Insofern messen wir dem No-Deal-Austritt am 31. Oktober nur 15 % Wahrscheinlichkeit bei (zuvor mit May 5 %).

Schließlich könnte Mays Nachfolger nach – aller Voraussicht nach erfolglos – Versuchen, den Backstop nachzuverhandeln, sich wieder auf den vorliegenden „May-Deal“ zurückbesinnen. Hier bestünde die Chance, über eine Konkretisierung der politischen Erklärung zu künftigen Handelsbeziehungen doch noch eine Mehrheit für diesen Deal im britischen Parlament zu gewinnen. Doch angesichts der immer noch bestehenden, scheinbar unüberwindbaren Differenzen zwischen den konservativen Brexit-Hardlinern (komplette Loslösung von der EU hin zu einem Freihandelsabkommen) und der Opposition um die Labour Partei (EU-naher Ansatz mit einer Zollunion) hat dieses Szenario wenig Chancen auf Erfolg.

Angesichts der unverändert harten Fronten im britischen Parlament und dem strikten Brexit-Kurs des künftigen Premierministers ist das wahrscheinlichste Szenario aus heutiger Sicht eine weitere lange und flexible *Verschiebung des Brexit-Termins* (mit der Option, die EU auch vor dem neuen Austrittsdatum zu verlassen). Solch einer Verschiebung dürfte die EU wegen eines angemessenen Grundes wie Neuwahlen und/oder ein zweites Referendum durchaus zustimmen. In ihrem Wahlkampf haben sich sowohl Johnson als auch Hunt bisher gegen Neuwahlen und ein Referendum ausgesprochen. Doch ist davon auszugehen, dass sich diese Haltung bei anhaltender Brexit-Blockade im Herbst ändern kann.

Ein *Referendum* ist mittlerweile eine offizielle Forderung der Opposition rund um den Labour-Parteichef Jeremy Corbyn. Auch Mays Nachfolger könnte bei anhaltender Brexit-Blockade kurz vor dem Austrittstermin diese Option wählen, zumal das britische Parlament dies unterstützen dürfte: Im April bei den Probeabstimmungen des Parlaments zum weiteren Brexit-Vorgehen wurde ein Referendum nämlich nur mit einer knappen Mehrheit von 12 Stimmen abgelehnt. Für ein Referendum bräuchte es dann laut dem Think-Tank Institute for Government mindestens 21 Wochen Zeit.

Neuwahlen können sowohl vom künftigen Premier als auch von der Opposition initiiert werden. Dazu bräuchte es entweder eine 2/3 Mehrheit im Parlament oder einen erfolgreichen Misstrauensantrag gegen die Regierung. Vor allem Johnson könnte versuchen, ein Mandat für einen No-Deal-Brexit über Neuwahlen zu gewinnen. Unbestätigten Meldungen zufolge plane er bereits vorgezogene Neuwahlen im nächsten Jahr. Gute Chancen auf eine Parlamentsmehrheit hätte er angesichts der ebenfalls gespaltenen und geschwächten Labour-Partei unter Corbyn. Zudem könnte er eine Koalition mit der in Umfragen starken Brexit-Party unter dem No-Deal-Brexit-Befürworter Nigel Farage eingehen.

Je konkreter sich ein No-Deal-Kurs des neuen Premiers abzeichnen wird, desto wahrscheinlicher wird es, dass die Opposition die Regierung über einen Misstrauensantrag zu stürzen versuchen wird. Letzterer müsste mit einer einfachen Mehrheit vom Parlament (mindestens 320 Stimmen) angenommen werden. Die Opposition bräuchte dafür auch einige Stimmen der Conservative Party. Hierzu haben bereits einige namhafte konservative Abgeordnete ihre Bereitschaft geäußert, um einen No-Deal-Brexit der Regierung zu verhindern. Sollte das Parlament dem Misstrauensantrag zustimmen, hätten

die Konservativen noch 14 Tage Zeit, eine neue Regierung aufzustellen. Sollte auch diese vom Parlament mehrheitlich abgelehnt werden, gäbe es Neuwahlen.

Enger Zeitplan erfordert rechtzeitiges Handeln gegen No-Deal-Brexit

Einen als recht wahrscheinlich geltenden Misstrauensantrag, um einen No-Deal-Brexit am 31. Oktober zu verhindern, müsste die Opposition rechtzeitig initiieren. Denn dem Parlament bleibt nur wenig Zeit für die festgelegten Abläufe:

- 26. Juli - 2. September: Sommerpause
- 3. -13. September (zwei Wochen): reguläre Parlamentssitzungen
- ab 14. September: 3-wöchige parlamentarische Pause wegen der jährlichen Parteikonferenzen (Liberaldemokraten am 14.09., Labour Party am 21.09., Conservative Party am 29.09.)
- ab 8. Oktober: reguläre Parlamentssitzungen (vier Wochen vor 31.10.)
- 17. Oktober: EU-Gipfel
- 31. Oktober: Brexit-Deadline

Somit hat das britische Parlament vor dem Austrittsdatum regulär nur noch sechs Wochen Zeit, gegen die Brexit-Blockade und ihre Folgen vorzugehen.

Bank of England immer noch in Warteposition

Die britischen Stimmungsindikatoren spiegeln mittlerweile deutlich die belastenden Folgen der lang anhaltenden Brexit-Unsicherheit wider. Im zweiten Quartal dürfte sich das zuvor solide britische Wirtschaftswachstum deutlich verlangsamt haben, bis hin zu einer Stagnation oder gar einer leichten Schrumpfung. Die Bank of England (BoE) warnt unentwegt vor den Folgen eines chaotischen No-Deal-Brexits, auch wenn mittlerweile Notfallmaßnahmen seitens der EU und des Vereinigten Königreichs ihn temporär abmildern würden. In diesem Szenario wäre die BoE bereit, den Leitzins je nach vorherrschenden Entwicklungen in beide Richtungen anzupassen. In ihrem Hauptszenario unterstellt sie aber weiterhin einen geordneten Brexit und stellt in den nächsten drei Jahren moderate Erhöhungen ihres Leitzinses (derzeit bei 0,75 %) in Aussicht.



Ausgabe 4/2019 – Freitag, 19. Juli 2019

Autor:

Dr. Marina Lütje
marina.luetje@deka.de

Impressum: <https://deka.de/deka-gruppe/impressum>

Rechtliche Hinweise:

Diese Darstellungen inklusive Einschätzungen wurden von der DekaBank nur zum Zwecke der Information des jeweiligen Empfängers erstellt. Die Informationen stellen weder ein Angebot, eine Einladung zur Zeichnung oder zum Erwerb von Finanzinstrumenten noch eine Empfehlung zum Erwerb dar. Die Informationen oder Dokumente sind nicht als Grundlage für irgendeine vertragliche oder anderweitige Verpflichtung gedacht, noch ersetzen sie eine (Rechts- und / oder Steuer) Beratung; auch die Übersendung dieser stellt keine derartige beschriebene Beratung dar. Die hier abgegebenen Einschätzungen wurden nach bestem Wissen und Gewissen getroffen und stammen (teilweise) aus von uns nicht überprüf-baren, allgemein zugänglichen Quellen. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen, einschließlich der rechtlichen Ausführungen, ist ausgeschlossen. Die Darstellungen inklusive Einschätzungen dürfen weder in Auszügen noch als Ganzes ohne schriftliche Genehmigung durch die DekaBank vervielfältigt oder an andere Personen weitergegeben werden.

Jeder Empfänger sollte eine eigene unabhängige Beurteilung, eine eigene Einschätzung und Entscheidung vornehmen. Insbesondere wird jeder Empfänger aufgefordert, eine unabhängige Prüfung vorzunehmen und/oder sich unabhängig fachlich beraten zu lassen und seine eigenen Schlussfolgerungen im Hinblick auf wirtschaftliche Vorteile und Risiken unter Berücksichtigung der rechtlichen, regulatorischen, finanziellen, steuerlichen und bilanziellen Aspekte zu ziehen. Sollten Kurse / Preise genannt sein, sind diese freibleibend und dienen nicht als Indikation handelbarer Kurse / Preise.